Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabendnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 236 — **Freitag, den 7. Oktober 1932.** — **87. Jahrgang**

Tagesschau.

* In der Politischen Kommission der Völkerbundsversammlung stand gestern auf Antrag der deutschen Regierung die allgemeine Lage der Minderheiten zur Behandlung. Der Führer der deutschen Delegation, Gesandter v. Rosenberg, trat für besseren Minderheitenschutz ein.

* England hält an dem Plan einer Mächtebesprechung in der Gleichberechtigungsfrage fest. England hat in Paris mitteilen lassen, daß das Datum verschoben worden sei.

* Auf der deutschnationalen Reichsführertagung hielt Geheimrat Dr. Hugenberg eine große politische Rede, in der er dafür eintrat, daß die Entwicklung nicht wieder zurück zum Parlamentarismus gehen dürfe.

* Nach zweitägiger Verhandlung wurde der Berliner Devisenschieber Sedlmaier zu 3 Jahren 4 Monaten Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe, der mitangeklagte Straßenhändler Neuhäuser zu 10 Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt.

* Der Start der Winkler-Rakete ist mißglückt. Die Rakete explodierte gestern kurz nach dem Start.

Nach amtlichen Meldungen aus der Mandschurei haben chinesische Freischärler sämtliche Verbindungen westlich von Tsitsikar zerstört, so daß die Stadt zur Zeit praktisch von der Welt abgeschnitten ist. Auch der Eisenbahnverkehr von Charbin nach dem Westen ist unterbrochen worden.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Der deutsche Vorstoß in der Minderheitenfrage.

Die in den letzten Jahren oft sträflich vernachlässigte Minderheitenfrage ist jetzt durch die Rede des Gesandten von Rosenberg ebenso klar wie entschieden in Angriff genommen worden. Man wird diesen deutschen Vorstoß besonders begrüßen, da er dem Zustand ein Ende macht, der für die Würde des deutschen Volkes, dessen Blutsbrüder in vielen Staaten Europas einen harten kulturellen und materiellen Existenzkampf führen, nachgerade äußerst abträglich war. Das bisherige Genfer System in Bezug auf die Minderheitenfrage bevorzugte in Streitfällen die für die Unterdrückung der Minderheitenrechte verantwortlichen Regierungen in so ausgesprochener Weise, daß es den Vertretern dieser Minderheiten vielfach direkt unmöglich gemacht wurde, mit ihren Beschwerden an die Oeffentlichkeit zu dringen, geschweige denn Recht zu finden. Hinzu kam noch ein Verschleppungssystem, das die Entscheidung erst dann fallen ließ, wenn es für eine wirkliche Wiedergutmachung längst zu spät war. Um die ganze Angelegenheit auf neue und gerechtere Bahnen zu lenken, forderte von Rosenberg vor allen Dingen Gehör für den beschwerdeführenden Teil. Der Zustand, daß eigentlich nur die Stellungnahme bzw. die Ausflüchte der betreffenden Regierungen in dem Verfahren eine Rolle spielten, während man die Meinungsäußerung der Minderheitenvertreter einfach nicht zur Kenntnis nahm, muß jedes gesunde Rechtsempfinden verletzen und spottet allen Grundsätzen, die sonst auf dem Gebiet des unparteiischen Schiedsverfahrens eine Selbstverständlichkeit darstellen. Auf dem bisherigen Wege verlor der Völkerbundsrat vollkommen den Charakter einer Schutzinstitution und verwandelte sich sogar häufig genug in ein Instrument einseitiger Machtpolitik zugunsten des Stärkeren. Ebenso energisch wies der deutsche Gesandte auf die unerträgliche Langsamkeit der Klageerledigung hin, die, wie gesagt, häufig genug dazuführte, daß mit der Zeit ein unabänderlicher Zustand geschaffen war, ehe es überhaupt zum Abschluß des Verfahrens kam. Wenn ein wirklicher Schutz der Minderheiten und nicht nur ein Scheinmanöver angestrebt wird, muß die Weltöffentlichkeit in der Lage sein, den Gang einer Beschwerde zu verfolgen, um den Gründen auf der Spur zu bleiben, die etwa zu einer Ablehnung führten. Der bisherige Mißbrauch, die Beschlüsse und ihre Begründung nur dann zu veröffentlichen, wenn es sich um belanglose Dinge oder einen „Sieg" der interessierten Regierungen handelte, entstammt einer Auffassung, die im modernen Rechtsleben der Völker keinen Platz finden darf. Aus diesen Gründen hat Herr von Rosenberg auch ganz besonderen Nachdruck auf den Grundsatz der öffentlichen Erörterung gelegt. Der deutsche Antrag gipfelt in dem Vorschlag, ein ständiges, aus neutralen und unabhängigen Persönlichkeiten zusammengesetztes Gremium zu schaffen, das die Klagen zu bearbeiten hätte und den Dreierausschüssen als Sachverständige von den interessierten Regierungen vollkommen unbeeinflußte Informationsquelle dienen müßte. Wie berechtigt und notwendig diese mit größter Klarheit und Eindeutigkeit vorgetragenen deutschen Forderungen sind, geht schon aus der Eilfertigkeit und Schärfe hervor, mit der die besonders „interessierten" Herren Zaleski und Fortisch dagegen Front machten. Gleich nach der Rede Rosenbergs gab im Namen von Polen, Rumänien, Südslawien, Griechenland und der Tschechoslowakei der südslawische Staatssekretär des Auswärtigen, Fortisch, eine ungewöhnlich scharfe, fast grobe Erklärung ab, in der er die Zuständigkeit der Völkerbundsversammlung und des politischen Ausschusses für diese Frage ablehnte. Für die Behandlung der Minderheitenfrage sei allein der Volkerbundsrat zuständig. Die fünf Mächte erklären sich daher nicht in der Lage, das Recht des politischen Ausschusses und der Völkerbundsversammlung zu einer allgemeinen Aussprache und insbesondere zur Annahme von irgendwelchen Entschließungen anzuerkennen. Dagegen traten die Vertreter von Holland und Norwegen eindeutig für den deutschen Standpunkt auf Ausbau und Abänderung des bisherigen Beschwerdeverfahrens ein.

Arbeitsbeschaffung und Außenpolitik.

Berlin, 7. Oktober. (Eigner Dienst.) Das Reichskabinett ist am Donnerstagnachmittag zu einer wichtigen Sitzung zusammengetreten. Dabei handelte es sich einmal um das große Problem der Arbeitsbeschaffung, das durch die Erörterung des Gereke-Planes in ein weiteres Stadium getreten ist. Es ist nicht anzunehmen, daß der Gereke-Plan in seiner ursprünglichen Form in Kraft gesetzt wird. Aber man wird wohl in irgendeiner Weise auf den Grundgedanken dieses Planes, nämlich auf die Bevorschussung der Gemeindesteuereingänge des Jahres 1934 durch die Sparkassen, eingehen. Die dadurch erzielten Summen sollen von den Gemeinden für eine produktive Arbeitsbeschaffung aufgewendet werden.

Außerdem ist die seit langem schwebende Frage der subventionierten Betriebe im Kabinett behandelt worden. Mit der Ernennung eines Reichskommissars für diese Betriebe kann nunmehr gerechnet werden, und zwar ist für diesen Posten der Bankier von Flotow, ein Mitinhaber des Bankhauses Hardy & Co., ausersehen worden. Herr von Flotow ist augenblicklich dabei, für das Reich die Verhältnisse bei der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. nachzuprüfen, damit das Reichswirtschaftsministerium entscheiden kann, was mit diesem Unternehmen künftig geschehen soll. Außerdem soll bei dieser Gelegenheit zum ersten Male die Notverordnung über die Kürzung der hohen Gehälter bei Unternehmungen, die vom Reich subventioniert werden, praktisch zur Anwendung gelangen.

Hinsichtlich der außenpolitischen Lage handelte es sich im Kabinett um die Stellungnahme zu der bekannten englischen Anregung einer Viererkonferenz über die deutsche Gleichberechtigungsforderung. Die Reichsregierung tappte am Donnerstagnachmittag noch im Dunkeln über das Schicksal dieses englischen Konferenzplanes. Es lagen Nachrichten aus London vor, die erwarten ließen, daß die Engländer sich von der Hoffnungslosigkeit ihres Vorgehens überzeugt hatten. Aber die Dinge waren noch nicht so klar, daß man bereits von einem Scheitern des Konferenzgedankens sprechen konnte. In Berliner politischen Kreisen weist man darauf hin, daß die Reichsregierung von vornherein bereit war, unter gewissen Zusicherungen an dieser Konferenz teilzunehmen, daß dagegen die Hauptwiderstände von der französischen Regierung ausgehen, da Frankreich den deutschen Gleichberechtigungsanspruch nicht ohne vorherige Bindungen Deutschlands zur Erörterung stellen will. Es ist wichtig, diese Tatsachen vor der Weltöffentlichkeit festzustellen, da natürlich schon jetzt wieder die Versuche einsetzen, Deutschland für das Scheitern der angeblich möglichen „Verständigung" über die Abrüstungsfrage allein verantwortlich zu machen.

England hält am Londoner Viermächtekonferenzplan fest.

London, 7. Okt. (Drahtb.) **In einer vom Reuterschen Bureau um Mitternacht ausgegebenen Meldung heißt es, von zuständiger Seite werde zu dem Plan einer Konferenz zu vieren mitgeteilt, daß die britische Regierung ihre Besprechungen mit den anderen Mächten fortsetze und vorbehaltlos an ihrer Absicht festhalte, eine Zusammenkunft herbeizuführen, sobald eine solche zustande gebracht werden könnte.**

Paris, 6. Okt. (Drahtb.) Der englische Botschafter hat heute nachmittag Ministerpräsident Herriot mitgeteilt, daß das Datum der Einberufung der geplanten Londoner Konferenz verschoben worden sei. Die Verhandlung hierüber werde zwischen London und Paris in freundschaftlichstem Geiste fortgesetzt.

Wie Havas aus Genf berichtet, halte man es nunmehr für sicher, daß auch der Zusammentritt des Vorstandes der Abrüstungskonferenz, der für den 10. Oktober vorgesehen war, verschoben werde. Wahrscheinlich werde Henderson, bevor er diese Sitzung aufs neue anberaume, abwarten, wie die französisch-englischen Verhandlungen über die Viererkonferenz verlaufen.

Times über den deutschen Gleichberechtigungsanspruch.

London, 7. Oktober. (Drahtb.) Times schreibt in einem Leitartikel zu dem deutschen Gleichberechtigungsanspruch: Die jetzige deutsche Regierung hat in Fortsetzung der Politik ihrer Vorgängerinnen, die ihren Standpunkt mit immer größer werdender Festigkeit bekundet hatten, gleiche Rechtsstellung gefordert — nicht zahlenmäßige Gleichheit, wohl aber die gleiche Stellung wie andere Länder in der Frage der Herstellung und des Gebrauches der Waffen und der Verwendung der nationalen Streitkräfte. Es herrscht Einvernehmen darüber, daß die deutsche Forderung im wesentlichen gerecht ist, daß eine große Nation nicht für unbegrenzte Zeit in einer niedrigeren, besonderen und minderwertigen Stellung gehalten werden kann und daß in Zukunft alle Einschränkungen, die vorgenommen werden, freiwillig seien und den Begrenzungen, die andere Länder sich auferlegen, im allgemeinen entsprechen müssen. Somit sollte es möglich sein, jetzt eine Zusage abzugeben, daß keine grundlegende Unterschiedsbehandlung zwischen dem einen und dem anderen Unterzeichner einer neuen Rüstungskonferenz gemacht werden würde.

Die deutsche Regierung hat, wie verlautet, in ihrer Antwort auf die Einladung zur Londoner Zusammenkunft erklärt, daß die letzten Vorschläge Großbritanniens und Frankreichs ihrer Forderung nach Gleichheit nicht genugtun. Es muß zugegeben werden, daß die Frage der verbotenen Waffen in keinem der Vorschläge von ihnen berücksichtigt wurde. Weitere Verzögerung in der Behandlung der vollen deutschen Forderung kann nur das Gespenst des Wettrüstens heraufbeschwören. Sicher wäre es am besten, wenn die am meisten interessierten Mächte gemeinsam eine Formel entwürfen, die Deutschland zur Abrüstungskonferenz zurückbrächte, oder andernfalls den Beweis lieferte, daß Deutschland überhaupt nicht den Wunsch habe, noch weiter an ihren Arbeiten teilzunehmen.

Vor Lösung der Devisenfrage mit Italien?

Rom, 6. Okt. Die aus drei Mitgliedern bestehende deutsche Kommission zur Behandlung der Devisenfrage mit Italien, die am Mittwoch in Rom eingetroffen ist, hat noch am selben Abend durch ihren Führer mit dem Verhandlungspartner Fühlung genommen. Wie verlautet, ist man in bezug auf eine befriedigende Lösung in der Devisenfrage an und für sich optimistisch gestimmt, da sich auf beiden Seiten der gute Wille gezeigt hat, den jetzigen unhaltbaren Zustand zu beenden. Freilich wird die Lösung auch von der Entwicklung in der Frage der landwirtschaftlichen Kontingente abhängen, in der die Schwierigkeiten nicht unerheblich sind. Die deutsche Kommission ist erst am Donnerstag aus dem Haag hier angekommen und wird erst am Abend eine erste Vorbesprechung mit der Gegenseite halten.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag für Verfassungsänderung.

Berlin, 6. Okt. Der Deutsche Industrie- und Handelstag befaßte sich gestern in seiner Hauptausschußsitzung mit der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Lage. Auf Grund einleitender Vorträge von Präsident Dr. Grund-Breslau, Fabrikant Dr. Vögele, Vizepräsident der Handelskammer München, und Dr. Hamm führte die Erörterung zu dem Ergebnis, daß der Deutsche Industrie- und Handelstag die Zielsetzung der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung, die die Wirtschaftsdepression vor allem durch Anregung und Stärkung der privatwirtschaftlichen Kräfte überwinden will, für grundsätzlich richtig halte. Es sei dringende Pflicht der gewerblichen Unternehmer, die hier gebotenen Möglichkeiten nach besten Kräften zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit auszuwerten. Es sei Sache der Regierung, die große Linie dieser Wirtschaftspolitik unbe-